

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1904

216 (11.6.1904) Badischer Landtag. 96. öffentliche Sitzung der Zweiten
Kammer

Karlsruher Zeitung.

N. 216.

Samstag, 11. Juni.

1904.

Badischer Landtag.

96. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer am Freitag, den 10. Juni 1904.

Am Regierungstisch: Generaldirektor Geh. Oberregierungsrat Roth, Baudirektor Wasmer, Betriebsdirektor Engler und Oberbaurat Baumann.

Präsident Dr. Günner eröffnet die Sitzung um 5 Uhr nachmittags.

Der Präsident teilt mit, daß eingekommen ist ein Schreiben des Herrn Ministers des Innern, enthaltend einen Gesetzentwurf die Ausschleibung von Landstraßen betreffend.

Das Haus tritt sofort in die Fortsetzung der Beratung des Berichts der Budgetkommission über das Spezialbudget des Eisenbahnbaues für 1904 und 1905 samt Nachtrag (Drucksache Nr. 10a), sowie die damit zusammenhängenden Petitionen (Seite 29 ff, 33 ff, 37 ff, 43 ff, 46 ff des Kommissionsberichts) — Drucksache Nr. 18 — ein.

Zu § 47 (Bahnhofumbau Lörrach) führt Abg. Vortisch aus: Zunächst möchte ich der Befriedigung der Lörracher Bevölkerung darüber Ausdruck verleihen, daß das Projekt des Bahnhofumbaus Lörrach jetzt doch noch mit viel größerer Raschheit zur Erledigung kommen soll, als die Lörracher Bevölkerung noch vor 1 Jahr zu hoffen gewagt hat. Lange genug hat ja Lörrach darauf warten müssen, bis diese alte Forderung endlich zur Befriedigung gelangen sollte. Insbesondere möchte ich aber den Herren Technikern den Dank der Lörracher Bevölkerung dafür aussprechen, daß es ihnen gelungen ist, die nicht unerheblichen betriebstechnischen Schwierigkeiten zu überwinden, die der Belassung des Aufnahmegebäudes an dem jetzigen Orte ursprünglich entgegenstanden haben. In der Lörracher Bevölkerung ist es mit der größten Befriedigung aufgenommen worden, daß es möglich geworden ist, das Aufnahmegebäude an dem jetzigen Ort zu belassen und eine Verlegung desselben zu vermeiden. Diese allgemeine Zustimmung zu dem generellen Projekt der Generaldirektion bezieht sich auch auf die Stadtgemeinde Lörrach. Ich möchte aber die Stadtverwaltung dagegen verwahren, daß sie sich mit allen Einzelheiten des Projekts jetzt schon einverstanden erklärt. Sie hat sich auch ausdrücklich vorbehalten, bei Vorlage der Detailpläne noch etwaige Wünsche den Plänen gegenüber zu äußern. Schon jetzt

bin ich in der Lage, der Generaldirektion einige Punkte anzugeben, die bei der Lörracher Bevölkerung nicht durchgängig auf Zustimmung rechnen können. Das ist zunächst die Anlage der Durchgänge zu den Bahnsteigen. Das Projekt sieht vor, daß diese ganz im Nordosten des Bahnhofes angelegt werden sollen, während der Eingang zum Bahnhof sich im Südwesten befindet.

Man meint nun, es wäre angängig, wenn diese Durchgänge etwa in die Nähe des Eingangs gelegt werden können. Es ist soeben mir am Projekt aufgefallen, daß die Unterführung bei der Friedrichstraße, die ja nur für kleine Handwagen vorgesehen ist, nicht mit gemauerten Rändern gebaut werden soll, sondern mit Böschungen. Wenn man dazu überginge, Mauern aufzuführen, so wäre es möglich, an Platz zu sparen, und es wäre möglich, die dort befindlichen städtischen Anlagen mehr zu schonen, als es im Projekt vorgesehen ist. Diese Anlagen überhaupt möchte ich besonders der schonenden Behandlung der Regierung empfohlen haben. Ferner ist mißliebzig aufgefallen, daß der Niveauübergang bei der Schützenstraße wegfällt und durch eine Unterführung nur für Personen ersetzt werden soll. Die interessierte Bevölkerung in der Schützenstraße, die in großer Anzahl auf den Fuhrwerksverkehr angewiesen ist, würde es sehr unangenehm empfinden, wenn sie keinen eigenen Uebergang mehr hätte. Ich möchte sehr bitten, entweder den Niveauübergang bestehen zu lassen, oder eine Unterführung auch für Fuhrwerke vorzusehen. Wenn diese Anstände und andere, die sich etwa bei der Vorlage der detaillierten Pläne herausstellen, in befriedigender Weise für Lörrach geregelt werden, dann werden auch die Eisenbahnwünsche Lörrachs auf absehbare Zeit befriedigt sein. Das möchte ich dem Abg. Schneider gegenüber bemerken, der Lörrach imputiert hat, als ob es den direkten Anschluß an die Hauptbahn erstrebe. Richtig ist ja, daß Lörrach bei Anlegung der Hauptbahn die Verbindung von Schliengen über Kandern nach Lörrach wie auch von Gallingen erstrebt hat. Damals sind aber die Bestrebungen Lörrachs nicht durchgedrungen, und es hat sich Lörrach damit abgefunden. Es haben sich auch nicht ähnliche Bestrebungen wieder geltend gemacht, als die Frage des Umbaus des badischen Bahnhofes in Basel auftauchte. Ein Umstand wäre ja geeignet, die traditionelle Bescheidenheit der Lörracher ins Wanken zu bringen, wenn nämlich durchgeführt würde,

was der Herr Generaldirektor vor kurzem ausgesprochen hat, daß die Wiesentalbahn in elektrischen Betrieb übergeführt werden soll. Es wäre für Lörrach kein schönerer Ehrentitel, als wenn dieses Problem gerade auf seiner Linie einer endgültigen und befriedigenden Lösung entgegengeführt werden könnte, immerhin glaube ich nicht, daß es angeht, gerade die Bevölkerung jener Gegend gewissermaßen als elektrische Versuchskaninchen zu benützen, und ich glaube, daß es mit den größten Schwierigkeiten verbunden sein würde, wenn auf der Wiesentalbahn, die einen so großen Verkehr hat, solche Störungen eintreten würden, wie sie der Herr Generaldirektor kürzlich als unvermeidlich hingestellt hat. Ich muß jedenfalls bitten, wenn der elektrische Betrieb eingeführt wird, daß die Wiesentalbahn mit möglichster Schonung behandelt wird.

Generaldirektor Geh. Oberregierungsrat Noth: Bei der dermaligen Geschäftslage des Hauses werden Sie mit mir einverstanden sein, wenn ich auf die einzelnen Ausstellungen des Hr. Abg. Vortisch nicht weiter eingehe. Ich kann mich darauf beschränken, daß die Gemeindebehörde in Lörrach sich mit dem Projekt generell einverstanden erklärt hat, und ich glaube hoffen zu dürfen, daß wenn bei der Einzelbearbeitung Bedenken sich ergeben, diese Hand in Hand mit der Gemeindebehörde in befriedigender Weise gelöst werden können.

Die Position wird hierauf angenommen.

Zu Titel II des Nachtrags: Bestehende Bahnen § 2 (Bau des zweiten Gleises von Immenzingen nach Singen, Nachforderungen, erstes Treffen) bemerkt

Abg. Goldschmit: Diese hier angeforderte Summe soll dazu dienen, den Ausbau des zweiten Gleises fertigzustellen. Die Mehrkosten sind zumteil durch die Höherlegung des Bahnhofes bei Engen verursacht. Daß man

die Höherlegung schließlich gewählt hat, ist nur zu begrüßen. Dadurch werden die Niveauübergänge beseitigt, und der Verkehr innerhalb der Stadt wesentlich erleichtert. Durch diese Maßnahme ist man Engen entgegengekommen, und obwohl sie nicht in allen Kreisen Befriedigung hervorgerufen hat, bin ich doch überzeugt, daß man sich damit abfinden und deren Zweckmäßigkeit einsehen wird, und ich hoffe nur, daß nach Fertigstellung des zweiten Gleises auch die sonstigen Wünsche der Stadt Engen, über die ich bei früheren Beratungen gesprochen habe, dann auch ihrer Erfüllung entgegensehen dürfen. Im Anschluß hieran will ich noch einige Worte über den Bahnhof Immenzingen sagen. Ich möchte doch bitten, dort auch die Verbesserungen einzuführen, die auf andern Bahnhöfen gleicher Größe eingeführt sind, insbesondere die Ueberdachung der Bahnsteige. Ebenso möchte ich bitten, wenn möglich im künftigen Budget eine Position für ein Dienstwohngebäude von Beamten anzufordern. Es ist ein Mißstand, daß jetzt Dienstwohnungen nicht vorhanden sind. Dies hat zur Folge, daß wenn ein Beamter sich verheiraten will, er sich von Immenzingen wegsehen lassen muß, da anderweitig geeignete Wohnungen nicht zu haben sind. Daß dies aber auch im dienstlichen Interesse zu beklagen ist, wird die Großh. Generaldirektion wohl selbst anerkennen müssen. Ich bitte also, auch diese Frage im Auge zu behalten, sowie jene der Errichtung besserer Aufenthalts- und Uebnachtlokalen sowie anderer sanitärer Einrichtungen.

Die Position wird hierauf nach dem Antrag der Kommission angenommen. Die anderen Positionen des Nachtrags und die Einnahmen des Budgets werden nach den Anträgen der Kommission ohne Debatte angenommen.

Schluß der Sitzung gegen $\frac{1}{6}$ Uhr nachmittags.